

Bericht

des volkswirtschaftlichen Ausschusses über das Ansuchen der Gemeinde Damüls betreffend Anpflanzungen und Verbesserungen an der Damülser Straße.

Hohes Landtag!

Mit Eingabe vom 8. April 1906 berichtet die Gemeindevorsteherung Damüls, daß sich an der Damülserstraße größere Abrutschungen zeigen und daher ein weiterer Ausbau der Straße notwendig werde. Insbesondere würden auch Anpflanzungen und Aufforstungen erforderlich sein, um die Straße für die Zukunft zu sichern. Die kleine Gemeinde sei aber nicht imstande die immerhin nicht unbedeutenden Kosten aufzubringen, weshalb sie sich genötigt sehe, um Unterstützung seitens des Landes anzusuchen.

Ein ähnliches Ansuchen wurde auch von der Gemeinde Au gestellt, in deren Gebiet ein großer Teil der Straße liegt.

Von Seite des Landesbauamtes wurde ein Projekt über den weiteren Ausbau der Straße, Verbauungen, Anpflanzungen und Aufforstungen aufgenommen. Nach dem Projekte beziffert sich die Kostensumme auf K 25.000.—.

Die Damülserstraße ist im wahren Sinne des Wortes eine Alpenstraße. Daher hat auch die Gemeinde Damüls unter warmer Bestürmung des Landesauschusses sich an das k. k. Ackerbauministerium gewendet um Zuwendung eines Staatsbeitrages.

Das k. k. Ackerbauministerium hat auch in dem Falle, wie schon oft, dem Lande ein besonderes Wohlwollen gezeigt und hat einen Staatsbeitrag von K 8.000.— bewilligt, wovon die Hälfte sofort, die zweite Hälfte nach Kollaudierung der Bauten zur Auszahlung gelangt.

Die auszuführenden Bauten liegen zum Teile im Gemeindegebiete von Au, zum Teile im Gemeindegebiete von Damüls. Es haben daher zur Aufbringung der Kosten auch die Gemeinden Au und Damüls beizutragen.

Bei der Erstellung der Straße haben zu den Kosten beigetragen: der Staat, das Land und die Gemeinden mit je $33\frac{1}{3}\%$.

Es wird sich empfehlen, die Kosten für den projektierten Ausbau und die Verbauung der Straße beiläufig im gleichen Verhältnisse aufzubringen.

Da von Seite des Staates K 8000.— bewilligt wurden, glaubt der volkswirtschaftliche Ausschuss, daß ein Landesbeitrag von K 9000.— bewilligt werden soll, und die Gemeinden Au und Damüls für die restlichen K 8000.— der mit K 25000.— projektierten Kosten und die allfälligen Mehrkosten aufzukommen hätten.

Der volkswirtschaftliche Ausschuss stellt daher folgenden

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Zu den mit K 25.000.— projektierten Kosten des weiteren Ausbaues und der zur Sicherstellung der Damülserstraße nötigen Aufforstungen und Anpflanzungen, wofür ein Staatsbeitrag von K 8000.— bereits gewährt wurde, wird aus dem Landesfonde ein Betrag von K 9000.— bewilligt und nach Baufortschritt flüssig gemacht, wenn die Gemeinden Au und Damüls für die restlichen K 8000.— und die allfälligen Mehrkosten aufkommen.“

Bregenz, am 13. Oktober 1908.

Martin Thurnher,

Obmannstellvertreter.

Jodok Fink,

Berichterstatter.